Abendausgabe

Nr. 219 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 108

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag
11. Mai 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Aufschiebung der Flaggenverordnung?

Ein Vorschlag des Kabinetts als Rettungsversuch für Luther.

Das Kabinett trat heute vormittag zu einer neuen Sitzung zusammen. In ihr wurde, wie wir hören, beschlossen, den Vorschlag zu machen: Die Durchführung der Flaggenverordnung wird bis zum 1. August sistiert; bis dahin soll der Versuch gemacht werden, eine Lösung der Flaggenfrage im Sinne des bekannten Briefes Hindenburgs an Luther herbeizuführen.

Der Reichskanzler soll, wenn auf dieser Grundlage ein Kompromiß zwischen den Regierungsparteien zustande kommt, in seiner heutigen Reichstagsrede eine entsprechende Erklärung abgeben.

Dieser Vorschlag wurde den Demokraten unterbreitet, die daraufhin eine Fraktionssitzung abhielten.

*

Für die Sozialdemokratie ist dieses Kompromiß unannehmbar, ihr Mißtrauensantrag bleibt bestehen, und es wird Sache der Parteien sein, über ihn zu entscheiden. Das Kompromiß würde die Sache nicht verbessern, sondern nur noch verschlimmern und den Sturz dieser Regierung noch notwendiger machen. Denn es ist unmöglich, dieser Regierung bei einer grundsätzlichen Neuordnung der Flaggenfrage die Führung zu lassen. Der Versuch, ein 50prozentiges Kompromiß zwischen Schwarzrotgold und Schwarzweißrot zu schaffen, d. h. die verfassungsmäßigen Farben der Republik noch weiter abzubauen, müßte die leidenschaftlichsten Kämpfe heraufbeschwören.

Für die Sozialdemokratie kommt nur eine Lösung der Flaggenfrage in Betracht: das ist die Anerkennung der schwarzrotgoldenen Farben als den alleinigen Farben des neuen Deutschland. Und es gibt für sie nur eine Lösung der gegenwärtigen Krise: das ist der Rücktritt des Kanzlers, der für die schwarzweißrote Flaggenverordnung verantwortlich ist.

Die Demokraten und das Kompromiß.

Die demokratische Fraktion beabsichtigt, wie wir hören, ihre Haltung von dem Wortlaut der Erklärung Dr. Luthers abhängig zu machen. Wenn die Flaggenverordnung suspendiert wird und die Suspendierung auch über den 1. August hinaus bei Nichtzustandekommen eines neuen Flaggengesetzes in Kraft bleibt, dann wollen die Demokraten gegen das sozialdemokratische Mißtrauensvotum stimmen.

„Luther will sich wieder hinter Hindenburg verschanzen."

Köln, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Unter dieser Ueberschrift macht die „Kölnische Volkszeitung", das bekannte rheinische Zentrumsorgan, darauf aufmerksam, daß Luther versucht, das Ansehen des Reichspräsidenten als Schild zur Stärkung seiner Position zu benutzen. Wörtlich schreibt das Blatt: „Es ist nicht unwahrscheinlich, daß alles beim alten bleibt, da der Reichskanzler es verstanden hat, sich auch diesmal wieder hinter den Reichspräsidenten zu verschanzen, und weil man eine Präsidentschaftskrise kaum heraufbeschwören möchte." Aber selbst, erklärt das Blatt weiter, wenn das Kabinett diesmal noch die Hindernisse überwinden würde, stehe fest, daß der Reichskanzler eine starke Einbuße seines politischen Ansehens erlitten habe, und daß es ihm schwer fallen würde, den Verlust wieder einzuholen.

Hörsings Flaggenrede.

Eine Erklärung zu den deutschnationalen Angriffen.

Magdeburg, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Oberpräsident Hörsing übergibt uns folgende Erklärung:

„Aus meiner Nürnberger Rede sind einzelne Sätze herausgerissen, so daß die Rede entstellt wiedergegeben ist. Nach meiner Aufzeichnung habe ich über die Flaggenverordnung nach einleitenden Sätzen folgendes ausgeführt:

„Nach meiner festen Ueberzeugung ist durch die Flaggenverordnung die Reichsverfassung verletzt worden, denn der Reichskanzler hat nicht einmal den Reichsrat trotz zwingender Vorschrift der Reichsverfassung von seiner Absicht unterrichtet; dafür bin ich als Bevollmächtigter zum Reichsrat Zeuge. Das Volk, im besonderen die Republikaner fassen die Dinge nicht so harmlos auf, wie Dr. Stresemann sie jetzt darstellt. Wie aus zahlreichen mündlichen und schriftlichen Mitteilungen an mich hervorgeht — und das muß ausgesprochen werden —, sehen weite Volkskreise in diesem Vorgehen des Reichskanzlers einen glatten Verfassungsbruch. Was aber noch schlimmer ist, ist die Tatsache, daß bei vielen Volksgenossen der verhängnisvolle Glaube entstehen konnte, daß der Reichskanzler Dr. Luther den Reichspräsidenten beschwatzt und verleitet habe, einen Schritt mit seiner Unterschrift zu decken, der als verfassungswidrig empfunden wird. Hierin liegt eine ungeheure Gefahr. Die schwarzweißrote Handelsflagge, denkt das Volk mit gutem Recht, gehört nach der Verordnung nur auf schwimmende Fahrzeuge. Durch eine Verordnung, sie auch auf die Konsulate, Gesandtschaften und Botschaften zu verpflanzen und damit Schwarzrotgold zu verdrängen, ist ein Unterfangen, das geeignet ist, den Reichspräsidenten von den Republikanern zu trennen, die bisher in ihm einen durch und durch verfassungstreuen Mann sahen. Die Gefahr innerpolitischer Wirrnisse ist damit, wie der Verlauf dieser Tage bewiesen hat, heraufbeschworen worden. Wollte Dr. Luther den Reichspräsidenten von den Republikanern trennen oder wollte er nur der Rechten einen Liebesdienst erweisen? In jedem Falle hat er sich als unfähiger Politiker erwiesen, der um des inneren Friedens willen von seinem Platz verschwinden muß. Deshalb fort mit Luther, her mit einer rein republikanischen Regierung, die mit Zuständen aufräumt, die uns außenpolitisch zum Gespött der Welt machen." Meine Rede schloß mit einem Hoch auf Schwarzrotgold und auf die deutsche Republik.

Systemwechsel in Bulgarien?

Die Schwierigkeiten Liaptscheffs.

Sofia, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Kabinett Liaptscheff, das als Uebergangskabinett gedacht war, scheint sich eher verbraucht zu haben als man annahm. Bei den Gemeindewahlen im Februar hat es eine beträchtliche Schlappe erlitten, was dadurch noch mehr zum Ausdruck kam, daß es in den Städten nicht mehr als 30 Proz. der Stimmen aufbringen konnte, während es sich auf dem Lande nur durch den Wahlterror und dadurch, daß es die Vertreter der Bauernpartei als seine eigenen ausgab, durchzusetzen vermochte. Außenpolitisch hat das Kabinett eine schwere Niederlage erlitten dadurch, daß die Flüchtlingsanleihe immer noch nicht als gesichert erscheint. Deswegen herrscht in der Regierungspartei eine große Mißstimmung die der machtlüsterne ehemalige Ministerpräsident Zankoff sich gern zunutze machen würde.

*

Die vorstehende Meldung erreicht uns, kurz nachdem wir ein längeres Gespräch mit dem gerade in Berlin anwesenden Führer der bulgarischen Bauernpartei, Gymnasialprofessor Omartschewsky, geführt hatten. Omartschewsky war im Bauernkabinett Stambulinsky Unterrichtsminister. Auch er war unter dem fluchwürdigen Terror der Zankoff-Regierung zehn Monate lang eingekerkert, ist aber von den Mördern, die so viele seiner Freunde beseitigt haben, verschont geblieben und gehört heute zur eigentlichen Führerschaft des Bauernbundes. Er betonte uns gegenüber nachdrücklich, daß die Bauernpartei mit den kommunistischen Aufstandsversuchen und Attentaten von 1923 nicht das Geringste zu tun gehabt habe. Der Bauernbund kämpfe nur auf legalem (gesetzlichem) Wege, er verurteile jeden Terror und Mißbrauch der Regierungsgewalt, ebenso auch die konspirative und staatsfeindliche Tätigkeit der kommunistischen Partei. Die Konspiration sei die Sache des Schwachen. Der bulgarische Bauernbund als Organisation, die die Mehrheit des bulgarischen Volkes in sich vereinige, habe nicht nötig, sich einer Verschwörung zu bedienen.

Trotz der terroristischen Verfolgung durch die Regierung Zankoff, welcher der bulgarische Bauernbund ausgesetzt war, stelle er auch heute die größte politische Partei des Landes dar. Bei den Gemeindewahlen im Februar dieses Jahres erhielt der Bauernbund in 2240 Gemeinden, trotz des enormen Terrors der Regierung Zankoff, von 740 000 abgegebenen Stimmen 220 000. Heute sei der Bauernbund stärker als je. In seinen Reihen stehe ein großer Teil der bulgarischen Intelligenz.

Ueber die gegenwärtige Situation in Bulgarien sagte Omartschewsky: Vom Staatshaushalt von 7½ Milliarden Leva müssen über 1½ Milliarden Leva für Reparationslasten und weitere 1½ Milliarden Leva für die durch den Frieden uns aufgezwungene Söldnerarmee ausgegeben werden. Wir haben in Bulgarien über 400 000 vertriebene Landsleute als Flüchtlinge aus der Dobrudscha, aus Thrazien und Mazedonien, und dazu einige zehntausend weißrussische Wrangelleute, die zum Teil in Bergwerken arbeiten, jedenfalls eine Last sind.

Das bulgarische Volk ist außerstande, die schweren Reparationslasten zu tragen. Es kann sich das Vergnügen, eine so teure Söldnerarmee auszuhalten, nicht leisten. Es kämpft mit seinem Letzten, um seinen durch die Friedensbestimmungen vertriebenen Brüdern zu helfen und ihnen das Brot und ein Dach über dem Kopf zu geben.

Bulgarien hat sich bisher vergebens bemüht, die Hilfe Europas zu erlangen. Europa muß uns aber helfen, denn Bulgarien kann unmöglich gesunden, wenn die ihm durch den Frieden auferlegten Reparationslasten nicht verschwinden, mindestens aber ermäßigt werden. Wir müssen die finanzielle Hilfe Europas erhalten, um das Elend unserer Flüchtlinge lindern zu können, damit diesen endlich die Möglichkeit gegeben wird, eine friedliche Arbeit aufzunehmen, womit auch die Sicherheit im Innern des Landes erhöht würde. Bulgarien müßte eine größere Anleihe erhalten, um seine Wirtschaft und seinen Staatshaushalt vor einer Katastrophe zu bewahren.

Der jetzige Ministerpräsident Liaptscheff hat den ehrlichen Willen, die Schäden, die der Wirtschaft durch die Regierung Zankoff entstanden sind, zu heilen und das Land von den dauernden inneren Unruhen zu befreien, doch ist er zu schwach, um seine Wünsche in die Tat umzusetzen, aus dem einfachen Grunde, weil er sich derselben Organe und desselben Apparates bedient wie die Regierung Zankoff.

Wir fordern Rücktritt der heutigen Regierung und Auflösung des Parlaments, dessen Wahl seinerzeit von der durch Verschwörung zur Macht gekommenen Regierung durch größten Terror beeinflußt worden ist, noch dazu in einer Zeit, wo tausende Vertrauensmänner des Bauernbundes in Gefangenschaft saßen. Bulgarien muß heute eine Regierung auf breiter Koalitionsgrundlage haben. In Bulgarien gibt es außer der Regierungspartei zwei große politische Parteien, die für eine Uebernahme der Regierung in Frage kommen, den Bauernbund und die Nationalliberale Partei (Regierungspartei während des Weltkrieges). Die anderen Parteien sind schwach und klein und von geringer Bedeutung.

Die Aufgabe der neuen Regierung wird die Auflösung des heutigen Parlaments und die Wiederherstellung der durch die Verfassung gesicherten Freiheit der Rede und Schrift sein. **Diese Regierung wird auch in der Lage sein, die Auto-**

Churchills Hetzgazette.

Lloyd Georges Brandmarkung der Regierungspolitik.

London, 11. Mai (WTB.) Unterhaus. Lloyd George sagte, er habe dem Minister des Innern nahegelegt, die Machtbefugnisse mit voller Unparteilichkeit auszuüben. Joynson Hicks habe auch eine entsprechende Zusicherung gegeben. Er, Lloyd George, wolle die British Gazette jetzt nicht kritisieren. Die Zeit werde kommen, wo man vieles über die Art und Weise zu sagen haben werde, wie sie vom wirtschaftlichen Standpunkt aus geleitet wurde, über zahlreiche Mitteilungen, die offensiven Charakter hätten und nicht im mindesten dem Ziel der Regierung dienten, Gesetz und Ordnung aufrechtzuerhalten. Heute wolle er die Aufmerksamkeit auf die Unterdrückung des Aufrufs christlicher Kirchen lenken. Niemand werde behaupten, daß die Führer der Kirche Leute seien, die zu Unruhen oder zu Angriffen gegen die Verfassung aufreizten. Sie hätten feierlich erklärt, daß die Zeit zur Versöhnung gekommen sei. Die Radiogesellschaft habe Anweisung erhalten, den Aufruf nicht zu verbreiten, und die British Gazette habe ihn auch nicht gebracht. Churchill und Joynson Hicks wüßten genau, daß sie bei einem Konflikt nur gewinnen könnten, wenn die ganze Nation hinter ihnen stehe. Das Geschehene aber entfremde die organisierten christlichen Kirchen Englands in erheblichem Maße der Regierung. (Widerspruch der Konservativen, Beifall der Arbeiterpartei.) Als Lloyd George weiter sagte, der Streit könnte nur unter solchen Bedingungen, wie sie in dem Aufruf der Kirche erwähnt sind, geregelt werden, kam es zu neuem Beifall der Arbeiterpartei. Als Lloyd George ermahnte, nicht lediglich den Geist des Kampfes zu stärken, rief Page Croft (Konservativer) aus, jedes Wort, das Lloyd George sage, richte Schaden an. Ein anderer Konservativer fragte, ob Lloyd George namens seiner Partei spreche. Lloyd George erwiderte, er spreche als Mitglied des Parlaments im vollsten Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit und mit dem Verlangen, das er schon früher betätigt habe, England vor einer Katastrophe zu retten.

Im weiteren Verlauf der Unterhausdebatte trat Sir Henry Slesser, der im Arbeiterkabinett Generalanwalt gewesen war, der Rede entgegen, die Sir John Simon letzte Woche gehalten hatte und die solches Aufsehen erregt hatte, weil Simon darin erklärt hatte, daß ein Generalstreik ungesetzlich sei und daß die Arbeiterführer und die Streikenden zum Schadenersatz verpflichtet seien. Slesser führte aus, daß Simon die legale Stellung der Streikenden irrig aufgefaßt habe.

Der Justizknüppel.

London, 11. Mai. (WTB.) Aus London und verschiedenen anderen englischen Städten werden Gerichtsverhandlungen gegen Ruhestörer gemeldet, die sich an Ausschreitungen gegen die Polizei oder an Angriffen gegen Fuhrwerke beteiligt haben oder der Verbreitung falscher Nachrichten beschuldigt werden. Die Beteiligten wurden teils zu Geldstrafen, teils zu Gefängnis oder Zwangsarbeit verurteilt.

In Hull wurden 20 bis 50 Verhaftete wegen der Ausschreitungen vom Sonnabend zu Gefängnisstrafen **von 3 bis 6 Monaten** verurteilt. In Middlesborough wurden 6 Verhaftete zu Zwangsarbeit und Gefängnisstrafen bis zu 9 Monaten und in Newcastle 5 Männer zu Gefängnisstrafen bis zu 4 Monaten verurteilt.

Die Hochöfen in 92 Stahl- und Zinnplattenwerken, größtenteils in Swanseq und Umgebung, sind erloschen. Man erklärt, es werde außerordentliche Kosten verursachen, sie wieder in Gang zu setzen; die seit dem Streik von 1921 gewonnenen Absatzgebiete seien jetzt unwiderruflich verloren.

Ausweisung der Sowjetmission?

London, 11. Mai. (WTB.) „Daily Mail" berichtet, daß eine große Anzahl konservativer Abgeordneter die Regierung, ungeachtet der diplomatischen Folgen, dazu auffordere, aus England alle Sowjetorganisationen auszuweisen.

Neue Aktion gegen Damaskus.

Beschießung oder Polizeiaktion?

Paris, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Offiziös wird gemeldet: In der Nacht vom 6. auf 7. Mai sind in Damaskus neue Unruhen ausgebrochen, was die französischen Militärbehörden veranlaßt hat, am 7. Mai eine große Reinigungsoperation in dem Stadtteil Meidan zu unternehmen. Der Widerstand der aufständischen Drusen war sehr heftig. 57 von ihnen wurden getötet, 71 gefangen genommen. Auf französischer Seite beträgt die Zahl der Toten 3, die der Verwundeten 8. Es war lediglich eine Polizeiaktion (mit welchen Mitteln aber? Red.) und nicht, wie von amerikanischen Blättern behauptet wird, eine neue Beschießung **von Damaskus.**

rität und den guten Namen des Landes, die in den letzten Jahren im Auslande stark gelitten haben, wieder herzustellen.

Um dem Lande ein für alle Male den nötigen Frieden zu geben, wollen wir das Gewesene vergessen, denn, würden wir unsere Mitglieder und Anhänger zur Rache anspornen, würde das Land nie seine Ruhe finden. Die starke Disziplin und gute Führung unserer Parett wird trotz der Disziplin und gute Führung unserer Partei wird trotz der gestatten, daß bei einem Regierungswechsel irgendwelche Unregelmäßigkeiten oder Gesetzwidrigkeiten vorkommen. Wir sind bereit, jede Regierung, auch wenn wir in dieser vielleicht, trotzdem wir die Mehrheit sind, nicht vertreten sind, zu unterstützen, die die Gewähr gibt, daß sie bestrebt ist, dem Lande die Ruhe zu geben und an seiner Genesung zu arbeiten.

Ueber die Wirtschaftsbeziehungen Bulgariens zu Deutschland sagte uns Omartschewsky: Der gegenseitige Handel zwischen Bulgarien und Deutschland hat sich in der Nachkriegszeit trotz der schweren politischen Lage für beide Länder sehr günstig gestaltet. Bis zum Kriege hat Deutschland bei unserer Einfuhr an dritter Stelle gestanden, heute nimmt es mit über 1½ Milliarden Lewa pro Jahr die erste Stelle ein. Das gleiche betrifft unsere Ausfuhr nach Deutschland, hauptsächlich Tabak. Vor dem Kriege haben wir nach Deutschland wenig Tabak ausgeführt, heute geht unsere Hauptausfuhr mit über 1½ Milliarden Leva nach Deutschland.

Wir wollen hoffen, daß in Zukunft die deutsch-bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen noch weiter gehoben werden, auch wenn ein Handelsvertrag zwischen beiden Ländern noch nicht geschlossen ist.

Verewigung des Justizskandals.

Das Münchener Gericht lehnt die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Fechenbach ab.

Die von dem Verteidiger Felix Fechenbachs, Rechtsanwalt Dr. Hirschberg, beantragte Wiederaufnahme des durch Volksgerichtsurteil vom 20. Oktober 1922 begonnenen Verfahrens wegen Landesverrats wurde von der Ersten Strafkammer des Landgerichts München I laut Beschluß vom 1. Mai 1926 unter Ueberbürdung der Kosten auf Fechenbach verworfen. In der Begründung dieses Beschlusses heißt es u. a.:

„Das Ritter-Telegramm ist eine diplomatische Urkunde, die im Geheimarchiv des bayerischen Ministeriums des Aeußern aufbewahrt wurde. Der Umstand, daß Eisner die bayerischen Geheimarchive geöffnet hat, hat dem Ritter-Telegramm seine Eigenschaft als Geheimurkunde nicht genommen. Jedenfalls haben die Regierungen des Feindbundes keine Kenntnis davon gehabt. (Woher weiß das die Strafkammer? D. Red.) Für sie war das Telegramm geheim. Die in Betracht kommenden, von Fechenbach an Gargas gelieferten Nachrichten befassen sich mit deutschen, insbesondere mit bayerischen militärischen Geheimorganisationen, Waffenlagern, monarchischen Bestrebungen u. dgl. Diese Dinge waren geheim nicht nur im Inlande, sondern insbesondere im Auslande. Es ist allgemein bekannt, daß zu der maßgebenden Zeit der Feindbund Deutschland mit einem ausgedehnten Spionagenetz überzogen hatte, um Material gegen Deutschland zu sammeln und mit neuen Quälereien und Sanktionen gegen Deutschland vorgehen zu können. Es durfte deshalb nichts, aber auch gar nichts, veröffentlicht und ins Ausland gemeldet werden, was Deutschland auch nur im entferntesten hat schaden können. Auch der Umstand, daß die Feindbundmächte schon im Jahre 1915 durch Vereinbarung der Kurie von den künftigen Friedensverhandlungen ausgeschlossen, und daß zur Zeit der Veröffentlichungen die Friedensbedingungen schon vorgelegen haben, ist ohne Belang. Die Kurie konnten trotz allem zugunsten Deutschlands wirken, wie es auch im Jahre 1917 versucht wurde, und die Möglichkeit, daß durch die Kurie eine Milderung der Friedensbedingungen herbeigeführt werden konnte, war nicht ausgeschlossen, trotz aller gegenteiliger Behauptungen. Daß durch die Veröffentlichung ein wirklicher Schaden für das Reich und seine Länder eingetreten ist, ist nicht erforderlich. Als gewiegter Journalist ist sich Fechenbach bewußt gewesen, daß die von ihm weitergegebenen Nachrichten geheim waren. Der Umstand, daß die an Gargas gelieferten Nachrichten vielleicht der Wahrheit entsprochen haben, ändert an der Geheimhaltungspflicht selbstverständlich nichts.

Fechenbach mußte erkennen und hat erkannt, daß solche Veröffentlichungen für das Reich und seine Länder nachteilig sein können. Daß er geglaubt hat, durch seine Veröffentlichungen Deutschland zu dienen, ist bei dieser Sachlage ausgeschlossen. Er kann sich auch nicht darauf berufen, er habe gegen gesetzwidrige Zustände in Deutschland vorgehen wollen. Es ist einem Deutschen nicht gestattet, dagegen Hilfe im Ausland zu suchen. Nach allem ist weder aus tatsächlichen noch rechtlichen Gründen die Freisprechung oder in Anwendung eines mildernden Strafgesetzes eine geringere Bestrafung des Fechenbach zu erwarten. Der Wiederaufnahmeantrag erwies sich deshalb als unzulässig und war zu verwerfen."

Die Erste Strafkammer des Münchener Landgerichts hat scheinbar nie etwas davon erfahren, daß die im Ritter-Telegramm mitgeteilten Tatsachen längst vor seiner 1919 erfolgten Veröffentlichung den Ententeregierungen bekannt waren. Der Papst wurde deshalb durch einen Geheimvertrag der Ententemächte vom Februar 1915 — also vier Jahre vor der Veröffentlichung — von jeder Vermittlungstätigkeit ausgeschlossen. Die Kurie wußte das und hat deshalb auch keinerlei Versuch unternommen, sich bei den Friedensverhandlungen zugunsten Deutschlands zu verwenden. Aber das Münchener Gericht braucht von diesen Dingen nichts zu wissen; es kann kaltblütig das Gegenteil aus den Akten heraus „feststellen", um das skandalöse Zuchthausurteil zu verewigen. Dabei ist von einem sehr gründlichen Studium der Akten in der Begründung des Münchener Gerichts nichts zu merken. Man hat sich im wesentlichen auf das nach der Fechenbach-Debatte im Reichstag vom bayerischen Obersten Landesgericht erstattete Gutachten gestützt. Daß das Münchener Landgericht die bayerischen Faschistenbünde in Schutz nimmt, versteht sich von selbst. An sich war vom Münchener Landgericht von vornherein nichts anderes als eine Ablehnung des Wiederaufnahmeantrages zu erwarten. Gegen die Ablehnung wird Fechenbach, wie wir erfahren, Beschwerde beim Reichsgericht erheben.

Um das neue Vereinsrecht.

Schutz der staatsbürgerlichen Rechte.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit einem Vorschlag der Völkischen Freiheitspartei, die verfassungsmäßigen Rechte auf Vereins- und Versammlungsfreiheit vor Eingriffen von Verwaltungsbehörden zu schützen. Vorallem in Bayern gibt es im Gegensatz zu Preußen kein Recht der Staatsbürger, gegen Verbote erst angekündigter Versammlungen den Rechtsweg zu beschreiten. Abg. Frick hat deshalb beantragt, daß der Staatsgerichtshof für Beschwerden von Einzelpersonen zuständig sein soll, die behaupten, durch die Tätigkeit einer Behörde in ihrem Recht unter Verletzung der Verfassung geschädigt zu sein. Der Antragsteller begründete sein Verlangen mit den Uebergriffen der bayerischen Behörde. Ministerialdirektor Brecht wies darauf hin, daß der Entwurf des neuen Reichsvereinsgesetzes, der jetzt dem Reichstag zugegangen sei, auch für Bayern festsetze, daß der Rechtsweg gegen Verbote erst einberufener Versammlungen gegeben sei. Genosse Rosenfeld beantragte deshalb, die Weiterberatung bis zum Vorliegen des Vereinsgesetzes auszusetzen, um als dann aus dem Entwurf diejenige Bestimmung herauszunehmen und sofort in Kraft zu setzen, durch welche der jetzige Zustand der Rechtslosigkeit in Bayern aufgehoben würde. Diesem Antrag gemäß wurde beschlossen.

Den Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte ferner ein völkischer Antrag auf Aufhebung der noch geltenden Bestimmungen des Gesetzes zum Schutz der Republik. Dr. Frick beantragte, sämtliche Bestimmungen aufzuheben, da sie ohnedies im Juli 1927 bereits außer Kraft träten. Genosse Rosenfeld widersprach dem völkischen Verlangen, indem er darauf hinwies, daß wohl einzelne Strafbestimmungen dieses Gesetzes aufgehoben oder gemildert werden könnten, daß man aber auch jetzt nicht die Bestimmungen entbehren könne, welche sich bezögen auf die Mitglieder von Vereinigungen, welche republikanische Minister ermorden wollen, ebensowenig solche Bestimmungen über Möglichkeit des Verbotes von Mörderorganisationen oder Vorschriften, welche die Möglichkeit gäben, früheren Fürsten den Aufenthalt in Deutschland zu versagen oder ihnen bestimmte Landesteile oder Orte anzuweisen, falls das Wohl der Republik gefährdet sei. Solange rechtsradikale Organisationen Mordideen nachgingen, könne auf die besonderen Strafbestimmungen des Republikschutzgesetzes nicht verzichtet werden. Der völkische Antrag wurde alsdann mit allen Stimmen gegen diejenigen der Deutschnationalen, Kommunisten und Völkischen abgelehnt.

Hamburger Krise.

Interpellation der Hamburger Sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion.

Hamburg, 11. Mai. (TU.) Die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion beschloß, folgende Anfrage an den Senat zu richten:

Mehrere Tage vor dem Besuch des Reichspräsidenten in Hamburg tauchte das Gerücht auf, daß am Tage des Besuches von Hamburg aus die Herausgabe einer Verordnung geplant sei, die den Auslandsdeutschen, die die deutschen Reichsfarben Schwarzrotgold nicht zeigen wollen, die Möglichkeit geben sollte, die schwarzweißrote Handelsflagge mit der schwarzrotgoldenen Gösch zu setzen. Zu diesem Zweck sollten die Vertretungen Deutschlands in Uebersee ermächtigt werden, offiziell die Handelsflagge neben der schwarzrotgoldenen Flagge zu hissen. In Verbindung mit diesen Gerüchten wurde bekannt, daß Senator Burchard-Motz in hervorragendem Maße an der Anregung und Herausgabe eines solchen Flaggenerlasses beteiligt sei. Am 5. Mai kam dann tatsächlich die Verordnung heraus. Wir erblicken in dieser Verordnung einen wohl überlegten Streich gegen die Republik und würden die Beteiligung eines solchen Hamburger Senators an diesem Streiche für unverantwortlich halten. Wir fragen darum den Senat:

1. War dem Senat bekannt, daß Senator Burchard-Motz bei der Reichsregierung fortdauernd für den Erlaß der genannten Verordnung wirkte?

2. Wenn ja, billigt der Senat das Verhalten des Herrn Senators?

Außerdem wurde beschlossen, in der Bürgerschaft den Antrag einzubringen, der Senat solle bei der Reichsregierung für die Aufhebung der Flaggenverordnung wirken.

Deutsche Erklärung in Genf.

Botschafter v. Hoesch im Studienausschuß.

Genf, 11. Mai. (WTB.) Im Prüfungsausschuß für die Zusammensetzung des Völkerbundsrats gab heute vormittag Botschafter von Hoesch eine kurze Erklärung ab, in der er ausführte: Die deutsche Regierung hat die Einladung des Völkerbundsrats zur Teilnahme an den Arbeiten des Ausschusses unter gewissen Vorbehalten angenommen. Ich möchte die heutige Gelegenheit nicht benutzen, um auf Einzelheiten einzugehen, da Deutschland in seiner besonderen Stellung zur Beobachtung einer gewissen Reserve genötigt ist. Es ist selbstverständlich, daß ich angesichts dieser Zurückhaltung im Augenblick keine formellen Vorschläge mache, ich behalte mir aber vor, wenn sich im Laufe der Verhandlungen bestimmte Vorschläge herauszukristallisieren beginnen, dazu Stellung zu nehmen. Aus dieser Zurückhaltung darf nicht der Schluß gezogen werden, daß Deutschland die Bedeutung der Arbeiten des Ausschusses unterschätzt. Deutschland ist im Gegenteil von der großen Bedeutung dieser Arbeiten für die Zukunft des Völkerbundes und für die Stellung Deutschlands im Völkerbund überzeugt. Ich gebe zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen, das Deutschland erlauben wird, seinen Eintritt in den Völkerbund ohne Schwierigkeiten zu vollziehen.

Der Flug über den Nordpol.

Der 9. Mai 1926 wird als ewig denkwürdiger Tag in die Geschichte der Polarforschung eingehen. An diesem Tag hat ein Fliegeroffizier der amerikanischen Marine, Kommander Byrd, von Kingsbay aus den Flug nach dem Pol angetreten und ihn glücklich bestanden. Byrd legte mit seinem Begleiter Lloyd Bennet den Flug in einem Fokkerapparat zurück, mit dem der Nordpol mehrmals umkreist wurde. Dabei sollte vor allem die Richtigkeit der Behauptungen Pearys nachgeprüft werden. Bekanntlich gilt Peary als der Entdecker des Nordpols, den er am 6. April 1909 erreicht haben will. Indessen sind erhebliche Zweifel aufgetaucht, ob Peary, der aus dem Wettbewerb mit Cook als Sieger hervorgegangen ist, wirklich den Pol entdeckt hat. Schon vor zehn Jahren wurde von fachmännischer Seite auf die Unzuverlässigkeit der wissenschaftlichen Angaben des Amerikaners hingewiesen, und es wurde betont, daß seine astronomisch-geographischen Ortsbestimmungen am Nordpol im Gegensatz zu den gleichen Messungen, die Amundsen am Südpol vorgenommen hat, nur wenig Vertrauen verdienen. Neuerdings ist Peary ein neuer Gegner in seinem Landsmann, dem Polarforscher William E. Shea, erstanden, der das Ergebnis der Forschungen, die Amundsen in seinem Buch „Die Jagd nach dem Nordpol" niedergelegt hat, mit den Behauptungen Pearys verglichen hat. Den nachweisbaren Mitteilungen der Amundsen-Expedition stehen die unkontrollierbaren Behauptungen Pearys gegenüber. Die von Peary berichtete Meeresverbindung, die das nördlichste Land der Erde, Peary-Land, von der Hauptmasse Grönlands trennt, ist nicht vorhanden, was zwei dänische Forscher, Rasmussen und Malius-Erichsen, zu verschiedenen Zeiten, unabhängig voneinander, nachgewiesen haben. Auch das von Peary angeblich entdeckte Crocker-Land existiert nicht, wie Macmillan festgestellt hat.

Cook, der am 21. April 1908 zum Pol gelangt sein will, hatte in jenem Jahr einen Schiffsanschluß nach Europa nicht mehr erreicht. Er mußte daher noch einen Winter in der Arktis verbringen, und so kam sein Telegramm nur wenige Tage vor dem Pearys an, der seinen Sieg unter dem 6. April datierte. In dem Kampf beider Konkurrenten um den Entdeckerruhm erwies sich die Partei Pearys als die stärkere. Um die Streitfrage wissenschaftlich zu klären, griff man zu dem ungewöhnlichen Verfahren, Schiedsgerichte einzusetzen. Cook reichte seine Aufzeichnungen der Universität Kopenhagen, Peary die seinigen der Washingtoner National Geographic Society zur Prüfung ein. Diese befaßte sich damit, die astronomischen Beobachtungen, die die Forscher an dem vermeintlichen Pol angestellt hatten, nachzuprüfen. Die Kopenhagener Universität bemängelte, daß Cook ihr nur seine Resultate ausgehändigt hatte, die nicht als Beweis dafür dienen können, daß er den Pol auch wirklich erreicht habe. Die Sachverständigen der National Geographic Society dagegen erklärten einstimmig, Peary habe am 6. April 1909 den Nordpol erreicht. Dagegen ergab eine später angestellte amtliche Untersuchung, daß Pearys Nordpollagerplatz am 6. April noch achteinhalb Kilometer vom Pol entfernt lag. Eine von ihm am 7. April unternommene Schlittenfahrt brachte ihn in einer Entfernung von nur drei Kilometer am Pol vorüber. Sollte Peary also überhaupt den Pol erreicht haben, so wäre das Datum des 6. April schon falsch.

Die Hauptschwierigkeit eines Flugs über den Nordpol ist die durch die große Nähe des magnetischen Nordpols veranlaßte ungeheure Kompaßabweichung. Bei dem Flug Byrds erwies sich der Gebrauch des magnetischen Kompasses als unmöglich; dafür hatten die Flieger nebelfreies Sonnenwetter, so daß sie den Sonnenkompaß benutzen konnten. Amundsen vertrat bisher die Ansicht, daß eine Landung am Pol mit großen Gefahren verbunden, wenn nicht unmöglich sei. Byrd will festgestellt haben, daß eine Landungsmöglichkeit wohl besteht.

Ein Bekenntnis Liebermanns. Max Liebermann, der greise Altmeister unserer Malerei, hat soeben erst wieder bei seiner Eröffnungrede der Berliner Akademie-Ausstellung zu den künstlerischen Fragen unserer Zeit temperamentvoll Stellung genommen und die tiefe Weisheit offenbart, die ihm ein langes, der Kunst geweihtes Leben gespendet. Ein anderes nicht minder interessantes Kunstbekenntnis wird soeben in einem Aufsatz von „Kunst und Künstler" bekannt, in dem Conrad Felix Müller davon erzählt, wie er Max Liebermann zeichnete. Bei dieser Gelegenheit kam natürlich auch das Gespräch auf die moderne Kunst, und der Meister erwähnte eine Unterhaltung mit dem Vorkämpfer des französischen Expressionismus, Matisse. „Vor etwa 20 Jahren," sagte er, „war der Matisse hier im Atelier, genau da, wo Sie stehen. — Ich verstehe nicht, wie der so lottrig malt, das ist doch keine Malerei. — Ich frage ihn, warum malen Sie nicht einfach ruhig weiter im Flusse der großen französischen Tradition? Worauf mir Matisse auseinandersetzte, so große Malerei und besser wie Manet oder Renoir könne man heute nicht malen; er müsse und wolle anders malen und folglich male er so. Sehen Sie, was Matisse macht, sind Skizzen mit viel Theorie — aber keine Bilder. Ausgedachtes. Mit der Kunst ist es so: Erst muß man mit den Augen wahrnehmen, dann geht es ins Herz und den Kopf und durch die Finger auf die Leinwand. Aber umgekehrt, wie es Matisse oder Kandinsky machen wollen — erst mit dem Kopfe und dann auf die Leinwand ohne Natur — das ist verrückt. Das geht nicht, das ist unnatürlich — folglich versteht es auch kein Mensch. Das macht die Menschen kunstfremd in unserer ohnehin für die Kunst feindlichen Zeit, wo es mit der Kunst und den Künstlern als Beruf aus ist."

Ein Krapotkin-Museum. In dem aus der Empirezeit stammenden Wohnhaus zu Moskau, in dem Fürst Peter Krapotkin 1842 geboren wurde, ist jetzt ein fünf Säle umfassendes Museum eröffnet worden, über dessen Inhalt in der „Literatur" berichtet wird. Die Räume geben einen Ueberblick über sein schicksalsreiches Leben und Wirken. Da werden seine wissenschaftlichen Arbeiten und die zahlreichen Expeditionen illustriert, die er ins Innere Asiens unternahm; dann folgt der Beginn seiner revolutionären Tätigkeit, die ihn in die Peter-Pauls-Festung brachte und mit seiner abenteuerlichen Flucht aus Rußland schloß. Die lange Periode, in der er im Ausland für seine anarchistischen Ideen wirkte, ist ebenfalls dargestellt, und die Rückkehr in die Heimat nach der Revolution sowie sein Ende während der Hungerjahre. Den letzten Saal nimmt sein aus London hierher gebrachtes Arbeitszimmer ein mit der Hobelbank, den selbstgezimmerten Möbeln und seiner Handbibliothek, in der viele Bücher von ihm selbst gebunden sind.

Mailied 1926.

Stell auf den Tisch die heiße Limonade,
Den Glühwein auch, den steifen, bring' herbei
Und hol' die woll'ne Wäsche aus der Lade,
Denn jetzt ist Mai!

Greif in den Beutel, kauf dir Holz und Kohlen
Und heiz den Ofen wiederum aufs neu,
Sonst wirst du dir den schönsten Schnupfen holen
In diesem Mai!

Macht dir das „Frühlingslüftchen" auch Beschwerden
Und bibberst du vor Frost, — 's ist einerlei —
Es muß doch einmal wieder Frühling werden
In diesem Mai.

China im Film. Sowjetrußland hat ein besonderes Interesse an China. Es ist nicht nur sein Nachbar, der staatliche, wirtschaftliche und politische Beziehungen zum 300-Millionenlande hat. Sowjetrußland fühlt sich als Beschützerin der gelben Kinder in ihrem Kampfe gegen das internationale Kapital. Es hat deshalb einen Ueberlandflug Moskau—Peking veranstaltet, an dem auch deutsche Junkerfahrzeuge teilnahmen. Natürlich hat man Filmaufnahmen bei der Gelegenheit gemacht. Sie beschränken sich zunächst auf Ansichten vom Flugzeuge aus (besonders eindrucksvoll ist der ungeheure sibirische Wald und die riesige Wüste Gobi). Dann aber an den Landungsplätzen — in der Mongolei, in Peking, Shanghai und Kanton — wurden Land und Leute gefilmt. Ein bißchen von allem etwas: Straßenbilder, das Leben der armen Kulis, die modernen Ausländerviertel in den Hafenstädten, die nur durch die Rikschas und die chinesischen Inschriften daran erinnern, daß wir in China sind, das Gedränge der Dschunken, die auch als Behausung dienen müssen, Szenen aus Landwirtschaft und Industrie.

Vor allem aber haben sich die Russen für das erwachende China interessiert. Streikversammlungen, politische Meetings, Demonstrationen, vor allem aber Revuen und Kämpfe der Volksarmee werden im Film vorgeführt. Der Film geht in seiner Begeisterung für chinesische Kampfeslust so weit, daß er uns viermal ein Maschinengewehr in Position vorführt (immer dasselbe?). Entbehrt so der Film nicht der Aktualität, so kann er doch kein erschöpfendes Bild von China geben. Der summarische Einleitungsvortrag von Dr. v. Letzel suchte das etwas auszugleichen. Da er vorgelesen wurde, ging ein Teil seiner Wirkung verloren. r.

Der Verein „Englisches Theater — Deutscher Schauspieler" ist soeben gegründet worden. Als Zweck des Vereins bezeichnet die Satzung: „Theateraufführungen in englischer Sprache zu Lehr- und Bildungszwecken mit deutschen Schauspielern" zu veranstalten.

Kinostatistik der Welt. Nach einer Aufstellung des „Wall Street Journal" gibt es auf der ganzen Welt etwa 47 000 Kinos, von denen 16 000 in Amerika sich befinden. Von den europäischen Ländern hat Deutschland 3751, Rußland 3500, England 3000, Frankreich 2400, Italien 2200 und die Tschechoslowakei 1000 Lichtspielbühnen.

„Zustände."

Die Kommunistische Partei im eigenen Spiegel.

Ueber die KPD., so wie sie wirklich ist, schreibt Iwan Katz in dem Mitteilungsblatt der linken Opposition allerhand Erbauliches. Er nennt die Dinge beim richtigen Namen. Wir geben nur einige Auszüge. Es ist nicht nötig, ihnen auch nur ein Wort hinzuzufügen.

„Der politische Chef der KPD., Dengel, **hat dem oppositionellen Genossen Schlagewerth im Auftrage der Partei 2000 Mark angeboten, wenn er freiwillig sein Reichstagsmandat niederlege.** Schlagewerth hat selbstverständlich abgelehnt. Gibt es eine korruptere Partei als die — SPD.?"

„Das am 24. April 1926 abgeschlossene **Bündnis Stalins mit Hindenburg** hat nicht nur einige europäische naive Bourgeois überrascht, sondern weit mehr die Kommunistische Partei Deutschlands. Die KPD. war wie vor den Kopf gehauen.

Noch auf der Konferenz der kommunistischen Parteibeamten am 16. und 17. April instruierte Leutnant Dengel seine Unteroffiziere dahin, daß sich Deutschland völlig in die Front der Weltmächte gegen Rußland eingereiht habe und noch am 16. April veröffentlichte die KPD.-Presse unter der Ueberschrift „Was will Sowjetrußland?" die Schlußfolgerungen: „Mit der Ablehnung (!) des Abschlusses eines Neutralitätsvertrages bestätigt sich, daß sich Deutschland verpflichtet hat, auf Befehl des unter englischer Herrschaft stehenden Völkerbundes an **einem Kriege gegen Sowjetrußland** teilzunehmen." „Weg mit der Luther-Regierung, die sich in **den englischen Kriegsblock gegen Sowjetrußland** eingereiht hat." Und nun stellt sich heraus, daß die Verhandlungen über das deutsch-russische Bündnis bereits im Dezember 1924 begonnen haben und daß der Bündnisvertrag bereits seit Anfang März 1926 zur Veröffentlichung fertig liegt. Hindenburg wußte davon, Chamberlain mußte davon, alles wußte davon. **Nur nicht die KPD.** Als Stoecker . . . im Reichstag seine fulminante Rede gegen Völkerbund und Stresemann hielt, und sich dabei als Vertreter Sowjetrußlands aufspielte, **saß Stresemann die ganze Zeit dabei und lächelte . . .**

Schlimmer konnte Moskau die KPD. nicht bloßstellen.

Die Zentrale torkelte, aber was sollte sie tun? Gegen Moskau aufmucken? **Das hieße sofort brotlos werden.** Schweigen? Das hieße die Schädlinge gänzlich in Verwirrung kommen lassen. Also den Vertrag „kritisieren" und gegen — Stresemann aufmucken. Nachdem das Herz aus der Hose wieder bis zum Nabel hochgerutscht war, erklärte die KPD. tapfer: „Wir rufen auch in diesem Augenblick die Massen zum Kampf gegen die Regierung Luther-Stresemann bis zum Sturz dieser Regierung!" **Wau, wau, wau! Wau, wau."**

Moskau befiehlt.

„Noch nie hat die russische Kommunistische Partei die deutsche für „voll" angesehen. Nie gab es zwischen KPR. und KPD. ein Verhältnis kameradschaftlichen Miteinanders, sondern **immer nur das Verhältnis des „Arbeitgebers", das Geldgebers,** des hohen Chefs gegenüber dem Laufburschen . . .

Je nachdem Moskau es befiehlt, ist Trotzki ein Held, ein Komödiant und wieder ein Held, je nachdem Moskau befiehlt, ist Ruth Fischer eine zweite Rosa Luxemburg oder ein verkommenes Schwein. Je nachdem Moskau befiehlt, ist Rußland in breitem Marsche zum Kommunismus und jeder, der behauptet, Rußland mache dem Kapitalismus Konzessionen, ein Antibolschewist. Und dann wieder im vollen Marsche zur „Entfaltung der Privatinitiative" durch Kredite an die Privatkapitalisten, Börse und Kepp und jeder, der sagt, das sei aber doch kein Kommunismus, ist Antibolschewist. Wenn in Deutschland ein Kapitalist das Taylor-System einführt, ist er ein Blutsauger, wenn das frühkapitalistische Rußland das tut, so ist das eine höhere Betriebsform. Ueber die Rationalisierungsbestrebungen der deutschen Industrie und ihrer gelben Amsterdamer Gewerkschaften muß die KPD.-Presse toben, die Rationalisierung in der russischen Industrie wird als Sozialismus gelobt. **In Rußland ist eben alles gut: das steigende Erwerbslosenheer wie die Wirtschaftskrise, der wachsende Einfluß der Wucherbauern wie die Empörung und Maßregelung oppositioneller Arbeiter in Leningrad."**

Bezahlte Agenten.

„Die Masse der deutschen kommunistischen Parteiangestellten hat zu Moskau ein realeres Verhältnis . . . Unter vier Augen gibt es kaum einen KPD.-Angestellten, sicherlich kein Zentralemitglied, das nicht genau so denkt wie wir. Aber **Rußland gibt das Geld,** das ihnen ein glänzendes Leben ermöglicht **und verlangt dafür unbedingten Gehorsam.** Wer nicht pariert, fliegt. Eine Zentrale, die einmal eine auch nur etwas abweichende Meinung zu bekunden wagt, wird durch Intrigue, Drohung und Korruption sofort erstickt. Als auf dem letzten Parteitag Moskaus Vertreter mit einem personellen Antrag nicht durchdrang, **sperrte Moskau sofort die Gelder. Der Parteiapparat war völlig gelähmt. Alles schlotterte vor Entsetzen, Bittprozession auf Bittprozession wallfahrte nach Moskau. Aber Moskau beharrte darauf:** Die Zentrale mußte zur Strafe ihre eigene Vorsitzende als Opfer ausliefern und die Hunde der Zentrale kuschten. Sie lieferten ihre Führerin aus, die sie vier Wochen vorher wie eine Königin umjubelt hatten. **Als das geschehen, gab es wieder Geld.**

Ruth Fischer gefangen.

„Hündisch demütig lassen sie jede Strafe und Bedingung sich auferlegen. Man stelle sich nur einmal vor, daß die deutschen Kommunistische Partei einen russischen Genossen in Berlin festhielte! Daß aber **Moskau monate- und jahrelang deutsche Genossen gefangen hält wie jetzt wieder Ruth Fischer,** das hält jeder brave KPD.-Mann für das Selbstverständlichste auf der Welt. Ist das nicht grauenhaft? Muß man da nicht die KPD. zur Besinnung rütteln und schütteln?

„Aus eigenem Nichts."

„Daß es zu dieser schmachvollen „Rolle der Partei" kommen konnte, liegt daran, daß die KPD. aus eigenem Nichts ist. Der Parteiapparat besteht **ausschließlich durch das Moskauer Geld.** Bleibt das Geld aus, fliegt die deutsche Partei auseinander. Hätte man, wie es alle Einsichtigen oft und oft forderten, die KPD. finanziell auf eigene Füße gestellt, sie wäre heute noch eine revolutionäre Partei. Jedenfalls hätte Moskau sie dann einigermaßen so höflich behandelt wie die bürgerliche Presse, der Moskau von seinen Plänen Kenntnis gibt."

Das ist die Kommunistische Partei, wie sie leibt und lebt. Das willenlose Werkzeug fremden Willens. Katz ist natürlich ein „Antibolschewist", aber er kann nicht dafür, die Wahrheit ist eben leider — antibolschewistisch.

Die Deutschen in Genf.

Beobachtende Zurückhaltung.

Genf, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Bei der deutschen Delegation haben die Beratungen des ersten Sitzungstages der Studienkommission des Völkerbundsrates einen recht guten Eindruck gemacht. Die bisherigen Redner haben den entschiedenen Willen bekundet, die Aufgaben der Kommission einer Lösung entgegenzuführen. Doch ist dabei zu berücksichtigen, daß die Vertreter Spaniens und Brasiliens noch nicht gesprochen haben. Die deutschen Delegierten dürften eine beobachtende Stellung einnehmen bis zu dem Moment, wo die Arbeiten der Kommission zu bestimmten Beschlüssen oder Vorschlägen zu führen scheinen, um dann den deutschen Standpunkt darzulegen.

Troubadoure der Höfe.

Die romantische Zeit, da süße Liebeslieder vor Feinsliebchens Fenster erklangen, ist vorbei! Heute sind es Sängerknaben, die wohl auch aus übervollem Herzen klagen, aber sie drückt schwereres Leid. Nicht ihr sehnsüchtig Herz, sondern die bittere Not diktiert ihnen ihr Ständchen. Es gilt auch nicht einer bestimmten Schönen, eine wehmütige Bitte ist's an alle. Groß, allzu groß ist die Zahl solcher Bittenden geworden. Nun gibt es aber noch, außer denen mit dem Wermutstropfen in der Melodei, Herolde des Alltags, die mit Stentorstimme ihre Ware anbieten. Jetzt, zur Zeit der beginnenden Blumenpracht, Blumenerde, später Obst, Gemüse und andere nützliche Dinge. Der Hof ist Bühne für Poesie und Prosa. All die Dürftigen, Kleinen, die keine Existenz besitzen, die niemand kennt, wollen hier zu Worte kommen. Die musikalischen Bittsteller freuen sich, wenn Kinder nach ihrem Singsang tollen, wenn horchende Köpfe sich aus dem Fenster recken. Vielleicht, vielleicht fällt doch was für sie dabei ab. Mit allen Mitteln trachten sie Mitleid zu erwecken. Sie geben ihre Gebrechen preis oder führen dürftige, schlecht ernährte Kinder mit sich herum. Die Not hat sie schamlos gemacht, der Hunger mürbe, Wind und Wetter hart. So ziehen sie tagaus, tagein von Hof zu Hof, verhöhnt, gestoßen, zertreten. Was sie singen, ist traurig, häßlich, monoton. Ihr Blick haftet und tastet mechanisch die Fenster entlang, während sie ihre Verse herunterleiern. Haben sie ein paar Pfennige erhascht, dann trollen sie, angstvoll dem gestrengen Hausverweser ausweichend, in den nächsten Hof. Sie sind verbraucht für dieses Leben, zerbrochen an der Unmöglichkeit, die Mittel zum Leben durch produktive Arbeit zu erreichen.

Die Spritschieber.

Riesenschmuggel an den Grenzen und an den Küsten.

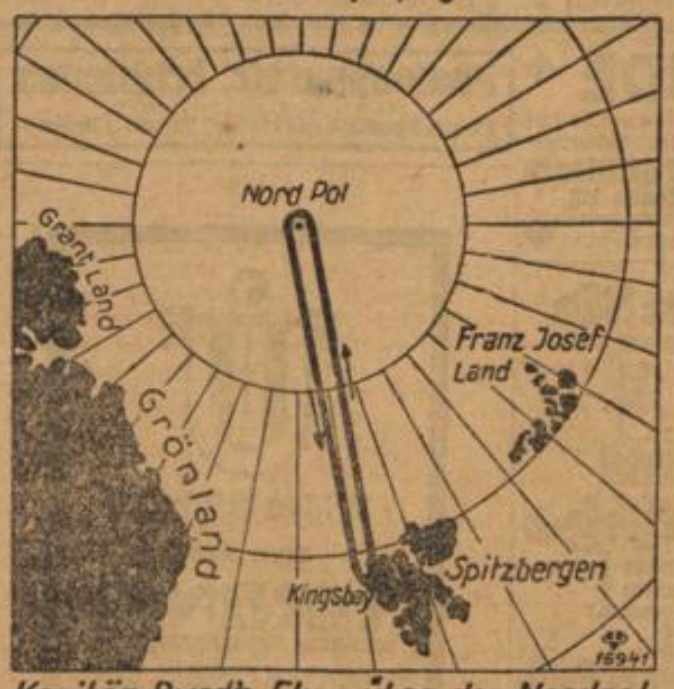
Aus den letzten Tagen ist nur wenig nachzutragen. Peters hielt unter anderem eine lange Rehabilitierungsrede, in der er über Monopolverwaltung und Zollämter manche unangenehmen Dinge sagte. Vom Loch im Westen, durch das der Sprit an der Monopolverwaltung vorbei in die Spritfabriken gestossen sein soll, war bereits im Laufe des Prozesses die Rede. Peters behauptet aber, daß ein gleiches Loch auch die tschechoslowakische Grenze aufgewiesen habe. Die Küste sei einem Sieb gleich gewesen. Ein- und Ausfuhrbescheinigungen, die völlig unverständlich blieben, tauchten in Mengen auf. Und an diesen Einfuhrdelikten waren selbst Firmen mit den bekanntesten Namen beteiligt. Auch die Preisspanne zwischen dem Industriesprit und dem Trinkbranntweinsprit machten sich diese Firmen zunutze. An all diesen Erscheinungen aber wie auch an vielen anderen, über die Peters sich ausführlich ausläßt, sollen die Beamten der Monopolverwaltung und der Zollämter ihre Hand im Spiele gehabt haben. Es wurden auch immer wieder die Namen der Regierungsräte Klockow und Ebener genannt. Einige Beamte wurden versetzt, andere schieden aus und der Direktor der Verwertungsstelle starb unter verdächtigen Umständen. Nach Peters kam Hermann Weber an die Reihe. Er rückte noch immer nicht mit der Sprache heraus: Präsident Steinkopf, dessen Ladung er beantragt habe, würde die pflichtwidrigen Handlungen der Monopolbeamten bezeugen. Ungenügend fallen Webers Erklärungen aus über das Geständnis, das er dem Regierungsrat Fell und dem Untersuchungsrichter gegenüber abgelegt hat. Damals hatte er nach Rücksprache mit seinen Verteidigern folgende Fassung niederschreiben lassen: Er habe gewußt, daß Kopp auf illegalem Wege Sprit beziehe und diesen Sprit ihm überlasse. Peters hätte seinerseits von seinen illegalen Spritbeziehungen gewußt und etwa sechsmal von ihm Geld erhalten. Am Tage nach dem Geständnis war Weber geflohen. Nach seiner Auslieferung widerrief er das Geständnis. Er habe es abgelegt, weil ihm Haftentlassung in Aussicht gestellt wurde. Daß dies der Fall gewesen ist, bestätigt Regierungsrat Fell.

Gestern kam eine sehr pikante Angelegenheit zur Sprache. Peters und Beyer haben nämlich Weber bereits nach dem Erlaß des Haftbefehls im Oktober 1924 mehreremal in seinem Schlupfwinkel aufgesucht. Einmal versuchten sie sogar ihn zu überreden, er möge sich stellen. Peters erklärt dazu, daß der Regierungsrat Haß von der Monopolverwaltung, mit dem Beyer regelmäßig Kegelabende hatte, bei einer nachfolgenden Kneiperei im Hause des Direktors Blau (derselben Blau, der augenblicklich im Kutisker-Prozeß als Angeklagter figuriert) geäußert hätte, daß Weber sich doch stellen möge, damit man mit ihm verhandeln könne. In Wirklichkeit aber wurde Weber damals schon steckbrieflich verfolgt, und die Anschlagsäulen waren mit seinem Bilde und der ausgesetzten Belohnung von 5000 Mark plakatiert. Beyer und Peters müssen schließlich zugeben, nicht korrekt gehandelt zu haben.

700-Jahrfeier der Stadt Lübeck.

Vom 3. bis 6. Juni 1926 feiert die alte deutsche Hansastadt Lübeck das Fest ihrer 700jährigen Reichsfreiheit. 700 Jahre! Durch Zeiten tiefster Nacht, allmählichen Verfalles und neuen Aufstieges blieb Lübeck seitdem frei und von keinen Fürsten abhängig. Eine Republik, von Bürgern regiert und nur dem Deutschen Reiche zugehörig. Am 10. Mai veranstaltete der Festausschuß als Auftakt zu den bevorstehenden Festlichkeiten im Großen Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3, einen Lübecker Abend. Diese Veranstaltung wurde mit einem Konzert von Bach, vorgetragen von Professor Havemann, eingeleitet. Dann erfolgte die Begrüßung der Gäste durch den Lübecker Gesandten Dr. Ernst Meyer-Luersen, der in kurzen, inhaltsreichen Worten über den Zweck der geplanten Feierlichkeiten sprach. Frei von jeder Politik begeht die alte Hansastadt ein Fest der Freiheit, der Unabhängigkeit. Zugleich aber soll dies ein Mahnruf an die deutsche Wirtschaft sein, die Bedeutung der Ostsee als Absatzmarkt für die nordische Wirtschaft zu stärken und die deutsche Oeffentlichkeit auf die Wichtigkeit des Ostseekomplexes hinzuweisen. Erstrebenswert ist diese Schaffung eines Wirtschafts- und Kulturkreises der Ostsee aber in erster Linie deshalb, weil dadurch die deutsche Wirtschaft, die heute der zentralen Verkehrslage entbehrt, in einem Teilgebiet der Weltwirtschaft wieder in den Mittelpunkt gerückt wird. Es folgte denn ein ungemein fesselnder Vortrag des Herrn Fritz Endres über die Geschichte der Stadt Lübeck von Anbeginn bis zur Gegenwart und über ihr wirtschaftliches und kulturelles Wirken im Wandel der Zeiten. Auch er schloß seine Rede mit der Hoffnung und dem Vertrauen auf eine schöne Zukunft. Der Vortrag wurde durch Lichtbilder wirksam unterstützt.

Der Nordpolflug.



Kapitän Byrd's Flug über den Nordpol.

Das rote Tuch.

Auf dem in Hohenschönhausen gelegenen Friedhof der Berliner Pius-Gemeinde kam es bei der Bestattung des Chemigraphen Willi Würbel zu einem Auftritt, der den Teilnehmern der Trauerfeierlichkeit wieder einmal in handgreiflicher Deutlichkeit zeigte, daß die Feindschaft der Kirche gegen alles Linksgerichtete in unverminderter Schroffheit weiterbesteht. Der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, dem der Verstorbene über zehn Jahre angehört hatte, und die Kollegenschaft aus dem Betrieb Ullstein waren durch Mitglieder vertreten, die Kränze mit roten Schleifen brachten. Vielleicht war es auf dieses Rot zurückzuführen, daß in der Leichenhalle die Rede des Kaplans, die dem Gedächtnis des Toten gewidmet sein sollte, zu einer Strafpredigt gegen den Unglauben wurde. Am Grabe wurden, nachdem die religiöse Feier beendet war und der Kaplan sich von dem Trauergefolge verabschiedet hatte, von den Vertretern des Verbandes und des Betriebes die Kränze mit kurzen Gedenkworten niedergelegt. Nach dem Begräbnis verbreitete sich noch auf dem Friedhof die Nachricht, daß der Friedhofsinspektor, der sich am Grabe aufgepflanzt hatte, den Totengräber angerufen habe, von den beiden Kränzen des Verbandes und des Betriebes die roten Schleifen abzunehmen und diese Schleifen in die Gruft zu werfen. Daraufhin stellte der Verbandsvertreter den Friedhofsinspektor zur Rede, und dieser bestätigte ihm, daß die ganz unglaublich scheinende Meldung zutraf. Der Herr erklärte, er habe tatsächlich jene Anordnung gegeben, und fügte hinzu, für die roten Schleifen sei auf dem Friedhof kein Platz. Auch durch die Vorhaltung, daß eine solche Handlungsweise unchristlich sei, ließ der Inspektor sich von seinem Standpunkt nicht abbringen. Der zufällig dazukommende Pfarrer der Gemeinde, dem der Verbandsvertreter die Sache sofort vortrug, bestätigte, daß auf dem Friedhof rote Schleifen nicht geduldet werden. Er ließ aber den Inspektor nicht darüber im Zweifel, daß die Anordnung, die Schleifen in die Gruft zu werfen, eine Ungehörigkeit sei. Der Inspektor hätte, so sagte er, unbedingt die Hinterbliebenen des Toten darauf aufmerksam machen müssen, daß die roten Schleifen nicht geduldet werden, aber zu ihrer Verfügung stehen. Erst wenn die Hinterbliebenen auf die Mitnahme verzichteten, wäre der Inspektor berechtigt gewesen, die Schleifen zu vernichten. Auf Verlangen des Verbandsvertreters wies der Pfarrer den Inspektor an, die Schleifen wieder herbeizuschaffen. Die Vertreter des Verbandes und des Betriebes gingen zu dem schon halb zugeschaufelten Grab zurück, und nach längerer Arbeit konnten die Schleifen wieder herausgeholt und der Familie des Verstorbenen ausgehändigt werden.

Es soll anerkannt werden, daß der Pfarrer die Handlungsweise des Inspektors öffentlich als ungehörig gerügt und die Herausgabe der Schleifen angeordnet hat. Dadurch wird aber nichts an der Tatsache geändert, daß auf dem Friedhof der katholischen Pius-Gemeinde rote Schleifen an Kränzen nicht geduldet werden. Solchen Auftritten wird am wirksamsten und sichersten vorgebeugt, wenn man die Friedhöfe der Kirchen überhaupt nicht zur Totenbestattung in Anspruch nimmt. Die Stadt hat eigene Friedhöfe, die nicht unter dem Kommande der Kirche stehen. Sie sind für die gesamte Bevölkerung ohne Unterschied des Glaubens oder Unglaubens bestimmt und können ebenso zur Beerdigung von Leichen wie zur Aufstellung von Aschenurnen benutzt werden.

Tragödie der Arbeitslosigkeit.

Ein aufregender Vorfall spielte sich heute vormittag auf dem Arbeitsnachweis in der Ystader Straße ab. Dem 32jährigen Klempner Kr. aus der W.-Straße, der seit längerer Zeit ohne Arbeit ist, wurde auf dem Arbeitsnachweis bei der Nachfrage um Arbeit wieder ein abschlägiger Bescheid zuteil. Aus Verzweiflung darüber begab er sich auf die Toilette und schoß sich aus einem Trommelrevolver eine Kugel in die Herzgegend. In hoffnungslosem Zustande wurde Kr. in das Krankenhaus am Friedrichshain transportiert. — In der Nacht vom Montag zum Dienstag erschoß sich in einer Autodroschke der zwanzigjährige Bolontär Otto W. aus der Schloßstraße 54 in Steglitz. Der Grund zu der Tat ist noch unbekannt.

Hans Reimann im Rundfunk.

Zum erstenmal sprach gestern abend Hans Reimann im Rundfunk. Allerdings fehlte bei der Uebertragung der mimische Ausdruck, aber trotzdem zählt dieser Abend sicher nicht zu den verlorenen. Prachtvoll die sächsischen Miniaturen, das Gedicht von den drei kleinen Stachelschweinen, die „sentimentale Humoreske mit Fremdwörtern". Diese Stimme allein bereitet schon ein auserwähltes Vergnügen. Bestimmt ist Reimann heute einer der größten Kabarettisten, ein Meister des Vortrags, der die Oekonomie der Mittel beherrscht wie kaum ein anderer, ein Künstler von einer Geistigkeit, von einer überlegenen Ironie, die sonst nur selten zu finden ist. Reimann, der Vortragskünstler, ist Reimann, dem glanzvollen Satiriker, dem Parodisten und geistreichen Schriftsteller beinahe gleichwertig. Warum spricht er so selten im Rundfunk? Hier ist kein abgequälter Witz, kein müheloses Suchen nach der Pointe, hier ist ein ungeheurer Reichtum vorhanden, dazu in einer vollendeten, geschliffenen Form. Hinzu kommt, daß die Stimme im Rundfunk ausgezeichnet klingt und nichts von ihrer natürlichen Klangfarbe verliert. Das Funkorchester spielte am Schluß „Die Czardasfürstin" unter Ferdy Kaufmanns Leitung und ein Ballet von Delibes „Die Quelle", das die besten Traditionen der französischen, komischen Oper vertritt.

Max Faak verstorben! Am 8. Mai verstarb einer der eifrigsten und treuesten Funktionäre der Partei im besten Mannesalter, unser Genosse Max Faak aus der 28. Abteilung. Seit seinem 20. Lebensjahre war er ununterbrochen als Abteilungsführer, Kassierer, Kreisdelegierter usw. tätig, bis ihn eine schwere Krankheit hinderte, seine Ehrenämter weiter auszuführen. Die Einäscherung findet Freitag, den 14. Mai, abends 6½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Die Genossen werden um rege Beteiligung gebeten.

Achtung, Stadtverordnetenfraktion! Heute Dienstag abend keine Sitzung. Nächste Fraktionssitzung Montag, den 17. Mai, abends 6 Uhr, Zimmer 109, Rathaus.

Streckenarbeiters Sterben. Heute früh, 7,36 Uhr, wurde am Bahnhof Tiergarten der Streckenarbeiter Karl Röseler aus Friesack in der Mark von dem herannahenden D-Zug 42 überfahren und getötet. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus transportiert. Der Verunglückte ist Vater von sechs unmündigen Kindern. Die Ursache ist wahrscheinlich darin zu suchen, daß der Verunglückte das Signal, das von dem Vorarbeiter beim Herannahen eines Zuges abgegeben wird, überhört hat.

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden. Genosse Bieler spricht am Dienstag, den 11. Mai, abends 7½ Uhr, in der Aula der Kaiser-Friedrich-Schule, Charlottenburg, Knesebeckstr. 24 (Savignyplatz), über das Thema „Volksentscheid und christliche Ethik". Unkostenbeitrag 30 Pf.

Gewerkschaftsbewegung

Um Reichswirtschaftsrat und Bezirkswirtschaftsräte.

Stellungnahme der Berliner Gewerkschaften.

In der erweiterten Vorständekonferenz des Ortsausschusses des ADGB. und des AfA-Ortskartells am Montag im Gewerkschaftshaus hielt das Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates Genosse Schweitzer einen instruktiven Vortrag über „Die zukünftige Gestaltung des Reichswirtschaftsrates". Der Kern seiner Ausführungen war etwa folgender: Nachdem der Vorläufige Reichswirtschaftsrat etwa 6 Jahre besteht, ist es endlich nach mehreren fehlgeschlagenen Lösungsversuchen zu den im November vorigen Jahres im „Reichsarbeitsblatt" veröffentlichten Referentenentwürfen gekommen. Diese beiden Entwürfe, deren einer der

Entwurf eines Mantelgesetzes

und der andere der eines Ausführungsgesetzes bildet, sind inzwischen vom Unterausschuß des vom Vorläufigen Reichswirtschaftsrat eingesetzten Verfassungsausschusses begutachtet worden. Mit dem Entwurf zum Mantelgesetz erklärte sich dieser Unterausschuß im wesentlichen einverstanden. Nur in zwei Punkten wurde eine Ergänzung der Befugnisse des Reichswirtschaftsrates verlangt. In der Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates regte der Ausschuß jedoch beachtliche Abänderungen an. Er verlangt im Gegensatz zu dem Referentenentwurf, der den Reichswirtschaftsrat in vier Abteilungen unterteilen will, genau wie im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat nur drei Abteilungen. Ebenso soll das Stärkeverhältnis dieser drei Abteilungen mehr dem im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat bestehenden als dem im Referentenentwurf vorgesehenen entsprechen. Beachtenswert auch für die künftigen Verhandlungen im Reichstag ist die

Stellungnahme der Unternehmervertreter

im Unterausschuß, die es ablehnten, den gelben Reichsbund Deutscher Angestelltenberufsverbände und die Arbeitsgemeinschaft der Fachverbände als benennungsberechtigte Körperschaften für die zu bildende Arbeitnehmerabteilung anzuerkennen. Der Ausschuß erkannte an, daß es bei dem Benennungsrecht der im Referentenentwurf aufgeführten gewerkschaftlichen Spitzenverbände der Arbeiter und Angestellten sein Bewenden haben solle. Einmütig lehnte der Ausschuß die Bestimmung des Referentenentwurfes ab, den Vorsitz in den Ausschüssen einem Regierungsvertreter zu übertragen. Es wird verlangt, daß die Ausschüsse ihre Vorsitzenden sich selbst wählen. Leider hat aber der Ausschuß in einer der wichtigsten Fragen, nämlich der gleichzeitigen Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufskammern, eine für die Arbeitnehmerschaft untragbare Stellung eingenommen. Während die Arbeitnehmervertreter verlangten, daß gleichzeitig mit dem Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftrat die

Umgestaltung der bestehenden Unternehmerkammern

in paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern besetzten Kammern in Angriff genommen werden soll, wurde eine Entschließung angenommen, die lediglich die Reichsregierung ersucht, nach Erledigung der erforderlichen Verhandlungen mit den Ländern zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Alles in allem muß gesagt werden, daß es aller Anstrengungen der Gewerkschaften bedarf, bei der Aufstellung der endgültigen Gesetzentwürfe ihre berechtigten, im Artikel 165 der Reichsverfassung anerkannten Forderungen durchzusetzen. Den jetzt vorliegenden Entwürfen können die Arbeitnehmervertreter auf keinen Fall zustimmen. Hauptforderung ist und bleibt es, auch die Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten sowie die Umgestaltung der Kammern zu fordern. Ohne die Umgestaltung dieser reinen Unternehmerkammern würde der Reichswirtschaftsrat ein totgeborenes Kind sein, da ihm der Unterbau fehlen würde, durch den ihm die Mitwirkung an der Gestaltung und Förderung der Wirtschaft geboten sei.

Eine Diskussion schloß sich diesem Vortrag nicht an. Genosse Sabath forderte zum Schluß die Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß die jetzt in Umlauf gesetzten

Sammellisten für die Streikenden in England

ein erneuter Beweis werden für die praktische und so oft bewiesene Solidarität der deutschen Arbeiterschaft.

Geldquellen eines Landarbeiter-Verbandes.

Der deutschnational-christliche Zentralverband.

Aus dem vorliegenden Belastungsmaterial gegen den Zentralverband der Landarbeiter unter Führung des Herrn Behrens geben wir nachstehend zwei weitere Schreiben wieder. Das eine Schreiben ist gegen den 3. Juli 1925 im Hauptbureau der Organisation geschrieben und an einen Oberstleutnant Reuter im Landbundhaus in Weimar gerichtet worden. Es lautet:

Berlin, den 3. (?) Juli 1925.

Herrn Oberstleutnant Reuter,
Weimar, Landbundhaus.

Sehr geehrter Herr Oberstleutnant!

Wir haben seit einiger Zeit für Thüringen zwei Sekretäre angestellt. Diese sollen vor allen Dingen den Genossenschaftsgedanken in Thüringen propagieren. Notwendig ist es, daß möglichst bald von dort aus die für diesen Zweck bewilligten Gelder nach hier gesandt werden. Da unsererseits alle Zahlungen an die Sekretäre im voraus erfolgen müssen, so wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie die Ueberweisung der Gelder jeweils zum Monatsersten veranlassen würden.

Für Ihre Bemühungen bestens dankend, zeichnet
mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener
(Unterschrift).

Das folgende Schreiben stammt von dem sächsischen Bezirksleiter dieses merkwürdigen Landarbeiterverbandes, dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Georg Hartmann. Es wurde am 19. Oktober 1925 in Dresden geschrieben und an das Hauptbureau des Verbandes gerichtet.

Dresden, den 19. 10. 1925.

An den Hauptvorstand des Zentralverbandes der Landarbeiter,
Berlin, Luisenstr. 38.

Werte Kollegen!

Bekanntlich erhält das Sekretariat Leipzig vom K. S. B. einen monatlichen Zuschuß von 250 M. auf ein Jahr. Ich habe vor wenigen Tagen mit den maßgebenden Herren über die Sache gesprochen, worauf mir in Aussicht gestellt wurde, daß man versuchen werde, auf ein weiteres Jahr den Zuschuß zu leisten. Soweit ich übersehen kann, sind die Aussichten hierfür nicht ungünstig.

Mit kollegialem Gruß
gez. Georg Hartmann.

Der Schleier, der um den deutschnationalen Zentralverband der Landarbeiter gelegt war, senkt sich immer mehr. Wir werden dafür sorgen, daß er vollends fällt und so der wahre Charakter dieses Verbandes unverhüllt zutage tritt. Vielleicht sieht dann der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften endlich ein, daß hier nicht mehr entschuldigende Worte, sondern die Tat, bestehend in der restlosen Entfernung aller korrumpierten Personen, am Platze ist.

Lebensmittel- und Getränkearbeiter.

Der Ortsverein Berlin der Lebensmittel- und Getränkearbeiter hatte am Sonntag im Gewerkschaftshaus seine Quartalsgeneralversammlung. Genosse Hedapp ging in seinem Geschäftsbericht zunächst auf die Lohn- und Tarifbewegungen in den einzelnen Branchen ein. Ueber die strittigen Punkte des Tarifvertrags der Mühlenarbeiter wurde eine Verständigung erzielt und die meisten Verschlechterungsanträge der Unternehmer abgewehrt. In der Likörindustrie sind die Lohn- und Tarifverhandlungen noch nicht abgeschlossen. Hodapp ging dann ausführlich auf die letzte Lohnbewegung in den Brauereien ein. Die Urabstimmung hat nicht die statutarische Mehrheit für den Streik ergeben. Zu den weiteren Maßnahmen werden die Funktionäre am Dienstag Stellung nehmen.

Unvereinbar mit gewerkschaftlichen Grundsätzen sei das Ueberstundenunwesen in den Brauereien. Trotz der großen Arbeitslosigkeit würden immer noch Ueberstunden in erheblichem Umfange gemacht. Es müßte Ehrenpflicht aller fortschrittlich denkenden Brauereiarbeiter sein, dieses Unwesen einzudämmen. Die Urabstimmung habe auch gezeigt, daß in den Brauereien noch genügend Arbeiter sind, die für die Organisation gewonnen werden müssen. Der Redner gab dann eine kurze Erläuterung des gedruckt vorliegenden Kassenberichts. Danach balanzieren die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse mit 52 238,75 M. Die Lokalkasse hatte infolge der großen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung eine Mindereinnahme von 879,66 M., so daß das Lokalkassenvermögen am Schluß des 1. Quartals 16 162,23 M. betrug, gegenüber 17 041,89 M. am vorigen Quartalsschluß. In der anschließenden Diskussion wurde von den „oppositionellen" Rednern Kritik geübt an der angeblich zu langsamen Durchführung der Urabstimmung in den Brauereien. Daran liege es, daß keine Mehrheit für den Streikbeschluß zustande kam. Zur Frage der Verhältniswahl hat der Hauptvorstand erklärt, daß die Verhältniswahl in einer Organisation, in der es keine Parteien, sondern nur Mitglieder gibt, undurchführbar sei. Die nach Liste Hodapp gewählte Ortsverwaltung wurde deshalb bestätigt. Die bisherigen Mitglieder des Tarifamts der Brauereien wurden auf zwei Jahre wiedergewählt. Zwei kommunistische Redner redeten dann die Versammlung leer, so daß sie geschlossen wurde.

Holland und der englische Streik.

Amsterdam, 11. Mai. (TU.) Von Rotterdam fahren noch einige Schiffe nach Holland ab, und auch der Dampferdienst Hoeck van Holland—Harwich ist wieder in Betrieb. Doch der Verkehr Amsterdam—London ruht völlig. In Velsen haben die Papierfabriken die Fabrikation eingestellt, nachdem die Verschiffung, die gewöhnlich durch englische Schiffe erfolgt, zurzeit nicht möglich ist. Auch der holländische Fischfang hat unter dem englischen Streik zu leiden, da die Schiffe, die nach England fahren, keine Fische an Bord haben dürfen.

Solidarität der französischen Seeleute und Hafenarbeiter.

Paris, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die französischen Gewerkschaften der Seeleute haben in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationalen Konferenz in Ostende beschlossen, ihre Mitglieder aufzufordern, sich von keinen englischen Schiffen anheuern zu lassen und die Abfahrt von französischen Schiffen mit Kohlenladungen nach England zu verhindern. Außerdem sind die Hafenarbeiter aufgefordert worden, weder Kohle noch Lebensmittel für England zu verladen.

Der Kohlenexport aus dem Ruhrgebiet.

Brüssel, 11. Mai. (Mtb.) Ueber die Frage des Kohlenexports aus dem Ruhrgebiet werden sich die deutschen und holländischen Transportarbeiter morgen Mittwoch in einer Konferenz in Duisburg besprechen. Die Festlegung der hinsichtlich des englischen Streiks zu ergreifenden Maßnahmen ist bekanntlich von der Ostender Gewerkschaftskonferenz offengelassen worden.

Der indische Nationalkongreß zum Streik.

Bombay, 11. Mai. (WTB.) Wie Reuter berichtet, hat der indische Nationalkongreß neuerdings wieder 300 Pfund Sterling an den britischen Gewerkschaftskongreß überwiesen, nachdem er bereits am Freitag 200 Pfund überwiesen hatte.

Eisenbahnerstreik auf Kuba.

Havanna, 11. Mai. (WTB.) Gestern abend 9 Uhr ist ein Generalstreik der Eisenbahner als Sympathiekundgebung für die streikenden Angestellten der Cuba-Railroad ausgebrochen.

Neues Abkommen im französischen Bergbau.

Paris, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der nordfranzösischen Kohlengruben und der Bergarbeiter haben zum Abschluß eines neuen Lohnabkommens geführt, so daß die Streikgefahr als beseitigt gelten kann. Der Grundlohn der Bergarbeiter wird danach ab 15. Mai um 10 Proz. und der Teuerungszuschlag um 15 Proz. erhöht werden. Der Taglohn eines erwachsenen Arbeiters erfährt auf diese Weise eine Steigerung um 2 Frank 80 täglich. Das neue Lohnabkommen ist für drei Monate abgeschlossen worden und erneuert sich stillschweigend, kann jedoch mit einmonatiger Frist gekündigt werden.

Betriebsräte und Baudelegierte des Baugewerksbundes! Wir ersuchen umgehend, die Sammellisten für die im Abwehrkampf befindlichen englischen Arbeiter im Bureau, Engelufer 24/25, 3. Stock, Zimmer 58, abzuholen. Der Vereinsvorstand.

Wirtschaft

Die Zusammensetzung des Enqueteausschusses.

Die Reichsregierung hat nunmehr gemäß § 2 des Gesetzes über einen Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen vom 15. April 1926 die Mitglieder und deren Ersatzleute für diesen Ausschuß berufen. Vom Reichstag sind folgende 11 Mitglieder und 11 Ersatzleute in Vorschlag gebracht worden:

Mitglieder: 1. Regierungsassessor a. D. Rittergutsbesitzer v. Saucken, 2 Major a. D. Johann Georg v. Dewitz, MdR., 3. Dr. Erich Wienbeck, MdR., 4. Reichsminister a. D. Hans v. Raumer, MdR., 5. Stadtbaurat Dipl.-Ing. Hans Rauch, MdR., 6. Hermann Drewitz MdR., 7. Rechtsanwalt Clemens Lammers, MdR., 8. Reichsminister a. D. Dr. Bernhard Dernburg, MdR., 9. Reichsminister a. D. Dr. Rudolf Hilferding, MdR., 10. Dr. Fritz Baade, 11. Redakteur Wilhelm Koenen, MdR.

Ersatzleute: Major a. D. Wilhelm Henning, MdR., 2. Dr. rer. pol. h. c. Wilhelm Koch-Düsseldorf, MdR., 3. Bergwerksdirektor Bernhard Leopold, MdR., 4. Präsident des Reichslandbundes Karl Hepp, MdR., 5. Sebastian Diernreiter, MdR., 6. Jakob Ludwig Mollath, MdR., 7. Dr. h. c. Adam Stegerwald, MdR., 8. Prof. Dr.-Ing. Herman Hummel, Staatspräsident a. D., MdR., 9. Reichsminister a. D. Robert Schmidt, MdR., 10. Dr. Naphtali, 11. Theodor Neubauer, MdR.

Der Vorstand des Vorläufigen Reichswirtschaftsrat hat 9 Mitglieder und 9 Ersatzleute vorgeschlagen:

Mitglieder: 1. Prätorius Freiherr von Richthofen, 2. Fabrikbesitzer Georg Müller, 3. Generalsekretär Karl Hermann, 4. Fritz Tarnow 5. Wilhelm Eggert, 6. Friedrich Baltrusch, 7. Chefredakteur Georg Bernhard, 8. Staatssekretär a. D. Prof. Dr. August Müller, 9. Präsident des Deutschen Städtetages Dr. Mulert.

Ersatzleute: 1. Dr. Friedrich Wussow, Präsident des Vereins Deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privateisenbahnen, 2. Reichsminister a. D. Eduard Hamm, 3. Oberregierungsrat a. D. Dr. Joachim Tiburtius, 4. Otto Schweitzer, 5. Hermann Jäckel, 6. Franz Neustedt, 7. Hugo Bästlein, 8. Max Cohen, 9. Hubert Lenz.

Die Reichsregierung hat nach freiem Ermessen folgende Mitglieder berufen:

Mitglieder: 1. Prof. Dr. Fr. Zahn, Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamts, 2. Reichsminister a. D. Eduard Hamm, 3. Prof. Harms, Vorsitzender des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel, 4. Ministerialdirektor a. D. Dr. Graf von Keyserlingk, Rittergutsbesitzer, 5. Reichsminister a. D. Dr. Andreas Hermes, 6. Prof. Dr. Ludwig Heyde, 7. Prof. Dr. Theodor Brauer, Karlsruhe, 8. Staatssekretär a. D. Dr. Carl Bergmann; außerdem wird noch ein Vertreter der landwirtschaftlichen Betriebswissenschaft berufen werden.

Ersatzleute: 1. Volkswirtschaftsrat Dr. Mehrwardt, 2. Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer Karlsruhe, Graf Douglas, 3. Prof. Dr. Schlittenbauer.

Die Einberufung des Ausschusses wird, sofern dies die Geschäftslage des Reichstages gestattet, noch vor Pfingsten erfolgen. Ueber die Auswahl des Vorsitzenden kann eine Entscheidung nicht vor dem Zusammentreten des Ausschusses getroffen werden, da gemäß § 6 des Gesetzes dieser erst im Benehmen mit dem Ausschuß von Reichsregierung bestellt wird.

Der Bierabsatz der Berliner Kindl-Brauerei. Über den Bierabsatz der Berliner Kindl-Brauerei A.-G. werden aus einem Prospekt Ziffern bekannt, die die weitere Oeffentlichkeit interessieren dürften. Der Absatz der Gesellschaft betrug

1922/23	361 755	Hektoliter
1923/24	379 637	"
1924/25	636 958	"

1924/25 wurde eine Dividende von 18 Proz. auf die Stamm-, und von 20 Proz. auf die Prioritätsaktien verteilt. In den ersten sechs Monaten des neuen Geschäftsjahres hat sich der Absatz wieder in langsam steigender Richtung entwickelt. Die Kindl-Brauerei rechnet für 1926 mit derselben Dividende wie im Vorjahr, wenn bis zum 30. September keine Verschlechterung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres eintritt.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Sikorn; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Kaufen Sie? Teppiche, Tisch- u. Diwandecken, Gardinen nur bei uns im Spezialgeschäft. Sie werden kulant aufs beste und außerordentlich billig bedient. Enorme Auswahl erst. Fabrikate. Ohne Aufschlag liefern wir d. Ware sofort bei Anzahlung und bequemer Ratenzahlung. Sächsisches Gardinen- und Einrichtungshaus nur Neukölln Hermannstr. 82

Berliner Elektriker Genossenschaft angeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe. Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88. Fernsprecher: Norden 6525, 6526. Filiale Westen, Wilmersdorf Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9831. Ausstellungsräume und Lager: Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telephon: Königstadt 540. Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel. Ausführg. sämtl. Reparaturen. Preiswerte, gediegene Arbeit

Küchen roh emailliert. Küche Lottchen 42 M. 80 M. „ Hermine 65 „ 135 „. Riesenauswahl roher, lack., lasiert. Küchen und einzelner Küchen- und Kleiderschränke. Küchenmöbel-Fabrik Joseph Himmel Lothringer Str. 23 (Schönhauser Tor)

HUNDE Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt. Tierärztliche Poliklinik Chausseestraße 93 neben Kriegervereinshaus. Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Mieten Sie von uns

Waschtische in 6 Monaten Ihr Eigentum. P. Raddatz & Co. Berlin W 66, Leipziger Str. 122-123

Photoapparate, Feldstecher kaufen Sie gut und preiswert im Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

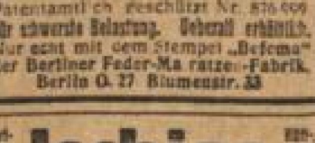
Wissen ist Macht! Drum lies die URANIA. Gratis-Prospekte durch d. Annahmest. und die Botenfrauen des „Vorwärts"

Adolf Hoffmann: Episoden und Zwischenrufe aus der Parlaments- und Ministerzeit. Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig. Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Auf Teilzahlung Herren- und Knaben-Garderobe, Sportpaletots, Gabardine- und Gummi-Mantel. MÖBEL Schlafzimmer, Küchen, Schränke, Metallbetten, Sofas, Chaiselongues. Antel, Gr. Frankfurter Str. 34 Strausberger Platz

Der gute Kapitän-Kautabak C. Röcker, Berlin Lichtenberger Straße 22. Kgst. 3961

Verlangen Sie nur die verbesserte und geräuschlose Patent-Ketten-Matratze Original Befema „Gloria" u. „Elastica" 20 J. Garantie!



Patentamtlich geschützt Nr. 376 609. Für schwerste Belastung. Überall erhältlich. Nur echt mit dem Stempel „Befema" der Berliner Feder-Matratzen-Fabrik. Berlin O. 27 Blumenstr. 33

Ischias Leffmann, Gentiner Straße 14